

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

Zu TOP 2 unter Zuladung des Ausschusses für
Gesundheit und Soziales

57. Sitzung
16. April 2015

Beginn: 10.04 Uhr
Schluss: 12.05 Uhr
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Wir kommen zu:

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**zum Entwurf einer integrierten Armuts- und
Sozialberichterstattung der Landesarmutskonferenz
Berlin**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0155](#)
ArbIntFrau

Ich begrüße sehr herzlich unsere einzige Anzuhörende, Frau Prof. Dr. Gerull. Schön, dass Sie da sind! Sie sind Leiterin der Fachgruppe Armutsbegriff der Landesarmutskonferenz. Und Sie haben uns dankenswerterweise am 9. April eine Stellungnahme übermittelt, die hoffentlich allen vorliegt. Wenn nicht, dann ist es jetzt auch zu spät. – Ich begrüße ganz herzlich auch die Kolleginnen und Kollegen, die heute aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales da sind, um an dieser Anhörung teilzunehmen. – Ich frage, ob ein Wortprotokoll gewünscht wird? – So ist es. Dann wird diesem Wunsch entsprochen. – Wir begrüßen ganz herzlich Frau Karin Mittelstaedt und Herrn Volkhard Schwarz von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. – Ich bitte nun um die Begründung des Besprechungspunkts. Frau Breitenbach – bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Noch einmal zu Erinnerung: Die Anregung für den heutigen Tagesordnungspunkt kam von der Landesarmutskonferenz. Alle Fraktionen hatten sich damals dazu entschieden, dass wir uns genauer mit dem Thema Entwurf einer integrierten Armuts- und Sozialberichterstattung beschäftigen. Wir waren einfach die Fraktion, die gesagt hat, wir melden den Besprechungspunkt an, damit man ihn hier aufrufen kann, weil wir schon damals alle der Ansicht waren, es ist richtig, sich hier im Ausschuss damit zu beschäftigen. Nur ein Beispiel: Zugang zur Arbeit, prekäre Arbeit, sittenwidrige Entlohnung, das sind alles Armutsrisiken, von denen in erster Linie Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund betroffen sind. Alles führt zu Altersarmut. Wir haben viele Themen hier im Ausschuss zu behandeln, die mit Armutsrisiken zu tun haben. Deshalb freue ich mich, wenn wir uns jetzt diesem Thema genauer zuwenden, weil die Armutsberichterstattung, Reichtumsberichterstattung, was es alles gibt, ja nicht dazu dient, sich das Elend anzugucken, sondern letztlich geht es darum, Strategien zu entwickeln, wie man aus diesem Elend rauskommt.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung. Frau Prof. Dr. Gerull! Sie haben uns eine Präsentation mitgebracht, lese ich hier, sehe ich auch dort. Wir hatten das vorher so besprochen, dass Sie ungefähr zehn Minuten berichten. Es geht uns hier in dieser Anhörung darum, dass Sie einen kurzen Input geben und wir Ihnen dann Fragen stellen können. Das nur dazu. Sie müssen jetzt nicht sehr lange reden, sondern wir möchten Ihnen selbstverständlich noch Fragen stellen und dann Ihre Antworten haben. Deshalb bitte ich Sie jetzt um Ihre Stellungnahme. – Bitte sehr!

Dr. Susanne Gerull (Landesarmutskonferenz): Zunächst ganz herzlichen Dank für die Einladung! Wir von der Landesarmutskonferenz Berlin haben uns seit mittlerweile schon mehreren Jahren bemüht, angehört zu werden, sind mit vielen Fraktionen und auch Senatsverwaltungen über unseren Entwurf auch schon ins Gespräch gekommen. Ich freue mich sehr, dass wir das hier in diesem Ausschuss als erstem Ausschuss kurz vorstellen und auch Fragen beantworten können, weil die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen explizit diesen Entwurf mit unterstützt hat. 2014 hatten wir ein Gespräch mit der Staatssekretärin. Insofern hoffe ich auf grundsätzliches Interesse an dem, was ich hier vorstelle. Ich werde mich an die Zeit halten. Das ist nicht immer bei Hochschullehrerinnen so, aber ich bin darin eigentlich ganz gut. Ich bin natürlich nicht hauptamtlich Sprecherin der Fachgruppe Armutsbegriff der Landesarmutskonferenz. Das ist ein Ehrenamt, das wir da ausüben. Wer es nicht weiß: Ich bin von der Alice-Salomon-Hochschule unter anderem für soziale Arbeit in Berlin. Dort bin ich für den Bereich Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit zuständig, passenderweise auch deswegen heute hier.

Ich bin übrigens von einem Kollegen der Piratenfraktion darauf hingewiesen worden. Mir ist der „§ 21“ vor „Abs. 3 Geschäftsordnung“ untergegangen, als ich ganz brav die Besprechungsrechtsgrundlage abgeschrieben habe. Ich bitte, das zu entschuldigen.

lak
Berlin Landesarmutskonferenz Berlin

Entwurf für eine integrierte Armut- und Sozialbericht- erstattung in Berlin



Besprechung gem. Abs. 3 GO Abghs am 16. April 2015
Susanne Gerull
(Sprecherin der Fachgruppe „Armutsbegriff“ der lak Berlin)

Ich möchte zunächst auf etwas eingehen, was wir in vielen Besprechungen und Gesprächen zu unserem Entwurf immer wieder gehört haben: Wir haben doch alles in Berlin, wir haben eine Unmenge von Berichten, Spezialberichten, Sozialberichten. Wir sind immer wieder auf den wie ich finde sehr guten Sozialstrukturatlas hingewiesen worden – warum solle denn jetzt eine zusätzliche Berichterstattung erfolgen. – Uns geht es dabei darum, nicht diese Berichte alle einzustampfen oder zu diskreditieren, sondern darauf hinzuweisen, dass ganz klassischerweise das immer Berichte von einzelnen Senatsressorts sind, die sich entsprechend den Zuständigkeiten ihres Ressorts den Armutsindikatoren zuwenden. Was dort in der Regel nicht passiert, ist eine Verknüpfung der unterschiedlichen Armutsindikatoren, der unterschiedlichen Lebenslagen der von Armut betroffenen und bedrohten Menschen. Deswegen sind wir der Meinung, dass es eine integrierte ressortübergreifende Armuts- und Sozialberichterstattung geben muss.



Ich möchte, um das auch zu verdeutlichen, kurz den Armutsbegriff, nach dem sich auch unsere Fachgruppe in der Landesarmutskonferenz benannt hat, kurz darstellen. Wir verstehen unter Armut natürlich nicht nur Einkommensarmut. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt und auch Armutsindikator, aber nicht der einzige. Wir verstehen darunter eine Ansammlung, eine Kumulation von Unterversorgungslagen, aber auch Benachteiligungen in ganz unterschiedlichen Lebenslagen und -bereichen, die einen Menschen betreffen können: Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit, alles das gehört dazu. Wir gehen dabei von einer relativen Betrachtung aus, wie es auch bei den EU-Definitionen zur Armut erfolgt, wo sich auch Deutschland angeschlossen hat, auch Berlin. Wir können also nicht von einem absoluten Armutsbegriff ausgehen, wo jemand stirbt, nicht überleben kann, wenn bestimmte Ressourcen nicht da sind, sondern die

Armutslagen sind dem Lebensstandard der Gesamtbevölkerung gegenüberzustellen. Das wissen alle hier im Raum. Berlin ein Spitzenreiter bei den Armutsindikatoren im deutschen Vergleich. Insofern müssen wir das immer im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung in Deutschland überhaupt betrachten.

Armutsbegriff der lak Berlin



Armut...

- bedeutet die Kumulation von Unterversorgungslagen und sozialen Benachteiligungen in verschiedenen Lebenlagenbereichen wie Arbeit, Wohnen, Bildung etc.
- ist immer relativ zu betrachten und dem Lebensstandard der Gesamtbevölkerung gegenüberzustellen
- kann nicht vollständig objektiviert werden
(vgl. Präambel der Geschäftsordnung der lak Berlin)

Gleichzeitig – und das ist auch dem geschuldet, dass viele Sozialarbeiter/-innen, wie ich es auch bin, in der Landesarmutskonferenz mit armen Menschen arbeiten – können wir Armut nicht vollständig objektivieren. Das betone ich hier noch einmal, weil in unsere Berichterstattung, wie wir sie uns vorstellen, nicht ausschließlich nur harte Daten Eingang finden sollen.

Ich springe in die Struktur des Berichts, wie wir ihn uns vorstellen, weil man daran gut festmachen kann, wie so ein Bericht aussehen sollte. Einleitung hört sich so profan an, hier steht, dass wir wollen, dass der Bericht in der Einleitung auch über die Ziele der Berichterstattung informiert und Akteursgruppen, Adressatinnen benannt werden. Wir haben das deswegen mit aufgenommen, weil wir in vielen Armutsberichten, die wir uns angeguckt haben, viele Hundert Seiten gelesen haben, ohne ein Ziel zu finden, warum der Bericht überhaupt entstanden ist. Wir haben ja klare Ziele, etwa: strategische Maßnahmen gegen Armut auf dieser Basis entwickeln zu können.

Struktur des Berichts



1. Einleitung
→ Ziele, Akteursgruppen und Adressat(inn)en
2. Quantitative und qualitative Daten zu Armutsindikatoren
→ in den Lebenslagenbereichen Arbeit, Gesundheit, Wohnen, Bildung, Partizipation, Konsum etc.
→ Aufzeigen von Zusammenhängen
3. Übergreifende Schlussfolgerungen
→ Überprüfbare Ziele und Handlungsempfehlungen
4. Kommentare zum Bericht
5. Anhang
→ z. B. Definitionen, Messregeln, Literatur

Ein ganz wichtiger und Hauptteil sind Daten zu Armutsindikatoren. Hier steht schon „quantitative und qualitative Daten“. Das hat mehrere Gründe, einmal, weil es für bestimmte Lebenslagenbereiche wie den Bereich Wohnen, Wohnungslosigkeit, Wohnungsverlust, von Wohnungsverlust bedrohte Menschen zum Teil gar keine oder nur sehr wenige Daten gibt, aber jede Menge qualitative Daten, auch aus Forschungen, aber auch, weil man, wie ich eben dargestellt habe, Armut nicht nur über reine Zahlen darstellen kann. Diese Daten sollen eben ressort- und lebenslagenübergreifend dargestellt werden. Armut besteht eben aus vielen Bereichen: Arbeit, Gesundheit, Wohnen, Bildung, Partizipation, Konsum. Das ist noch erweiterbar.

Was uns ganz wichtig ist und uns mit unserem Entwurf von anderen Armutsberichten sehr unterscheidet: Uns geht es eben genau darum, Zusammenhänge aufzuzeigen. Aus der Wissenschaft kennen wir viele dieser Zusammenhänge, aber es gilt ja gerade spezifisch für Berlin und auch auf kleinräumiger Ebene dann festzustellen, welche Armutslagen in dem einen Be-

reich die Armut verfestigen oder vorantreiben in den anderen Bereichen. Frau Breitenbach hat gerade schon das Beispiel im Kontext von Arbeit gegeben, wie Arbeitslosigkeit auch Gesundheit beeinflussen kann, wie Niedriglohn oder Leiharbeit oder Arbeitslosigkeit zu ganz anderen Armutslagen führen können, natürlich auch zu Einkommensarmut und umgekehrt.

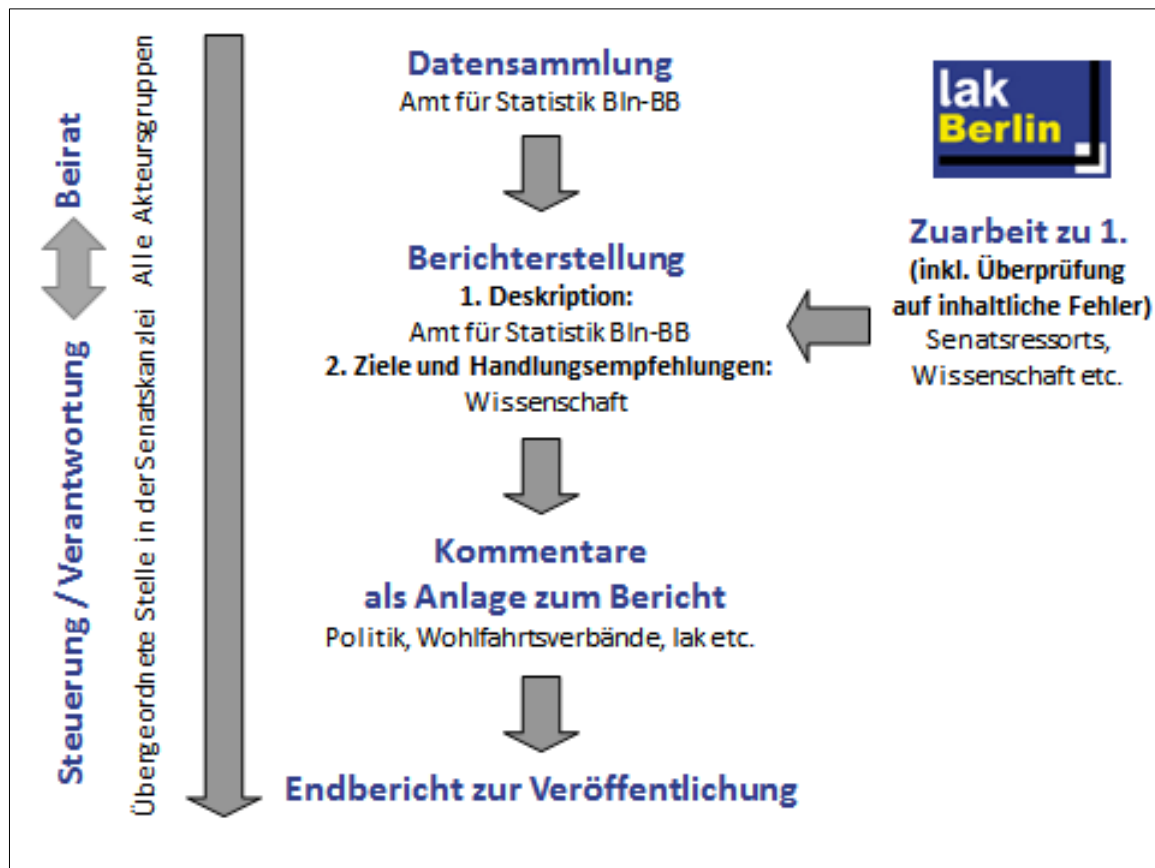
Was uns sehr wichtig ist – und da freuen wir uns, dass das erstmalig im aktuellen Sozialstrukturatlas gemacht wurde –, dass nicht einfach nur Daten dargestellt werden, sondern dass daraus Schlussfolgerungen gezogen werden. Und nicht nur Schlussfolgerungen, sondern auch überprüfbare Ziele sollen unseres Erachtens formuliert werden, denn sonst wird, wie wir es zum Teil in anderen Berichten sehen, nur dargestellt, und damit hat man seine Schuldigkeit erfüllt. Aber es muss darum gehen, aufgrund dieser ganzen Daten, die zusammengetragen werden, Handlungsempfehlungen zu entwickeln, sich Ziele zu setzen, wo dann auch nach einer gewissen Zeit überprüft wird, ob diese Ziele erreicht wurden.

Eine weitere Besonderheit, die wir uns wünschen, ist, dass es Kommentare zum Bericht geben soll. Das wird sich auch mit der nächsten Folie gleich erklären, wie wir uns das vorstellen, dass ein Bericht nicht nur einfach in die Welt gesetzt und im Abgeordnetenhaus und in den Senatsverwaltungen besprochen wird, sondern natürlich auch in anderen Bereichen. Wir haben viele Akteursgruppen, die LAK ist eine davon. Alle diese Gruppen sollen diesen Bericht und die Handlungsempfehlungen, die gegeben werden, kommentieren können. Selbstverständlich sollte, um das Ganze transparent zu machen, in einem Anhang die Definitionen, die Datengrundlagen kenntlich gemacht und die Messregeln und auch Literaturverweise gegeben werden.

In einer Grafik haben wir dargestellt, wie wir uns diesen Bericht vorstellen, wie er erarbeitet werden soll. Das ist etwas, woran wir sehr lange gesessen und mit vielen darüber gesprochen haben, beispielsweise auch mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, das unseren Entwurf mitträgt und sehr begrüßt. Uns ist sehr daran gelegen, dass es ein ressortübergreifender Bericht ist und dass deswegen auch eine möglichst neutrale Sammlung dieser Daten erfolgen soll. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg verfügt über Unmengen von Daten und hat uns gegenüber mitgeteilt, dass sie sich manchmal auch ärgern, dass diese gar nicht abgerufen werden, dass sich niemand dafür interessiert. Wir glauben, wenn sie schon jemand anbietet, dann sollte man auch zuschlagen. Die Datensammlung sollte vom Statistischen Landesamt erfolgen.

Auch für die Berichterstellung im Sinne der Deskription, also der Darstellung der Daten, ist das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg sicherlich kompetent. Da soll es aber eine Zuarbeit geben, gerade bei den Lebenslagenbereichen, so wie ich Wohnen vorhin schon im Kontext von Wohnungslosigkeit erwähnt habe, wo wir nicht genug oder gar keine Daten haben. Es soll also Zuarbeit durch die Senatsressorts, aber auch durch die Wissenschaft geben, um diese Daten darzustellen.

Die Ziele und Handlungsempfehlungen, das haben wir uns gewünscht, sollen nicht vom Amt für Statistik erarbeitet werden, sie sehen sich dazu auch gar nicht in der Lage, aber auch nicht durch die Senatsressorts, denn ohne da etwas unterstellen zu wollen, wird man Ziele so formulieren, dass man sie auch erreichen kann und nicht die Ziele formulieren, die erreichbar sein sollten. Da stellen wir uns vor, dass das eher durch die Wissenschaft und Forschung erfolgt.



Dann sollen die Kommentare Anlage des Berichts sein, das heißt, dieser Entwurf, der bis zum Punkt der Berichterstellung hier dargestellt wird, soll dann in die Fachöffentlichkeit gehen: Politik, Wohlfahrtsverbände, LAK, Betroffenenverbände, die uns auch sehr am Herzen liegen sollen die Möglichkeit haben, Stellung zu nehmen. Das soll auch Anlage des Berichts werden, der als Endbericht in die Veröffentlichung geht.

Wenn Sie den Kopf etwas schräg halten, dann sehen Sie, dass über die gesamte Zeit eine Steuerung durch die Senatskanzlei erfolgen soll, die die Verantwortung haben soll, auch da wieder, um deutlich zu machen, dass es um ressortübergreifende Daten und vor allen Dingen um Zusammenhänge, Ziele und Handlungsempfehlungen geht. Dazu müsste eine übergeordnete Stelle geschaffen werden. Das kann niemand nebenbei koordinieren. Gleichzeitig soll es – das wird in anderen Bundesländern auch schon gemacht, wo solche Berichte erstellt werden – einen Beirat geben, der das Ganze über die gesamte Zeit begleitet. Da sollen sich alle Akteursgruppen wiederfinden.

Ich möchte noch einen letzten Hinweis dazu geben. Uns ist in vielen Berichten mitgeteilt worden, dass das alles völlig utopisch sei und sowieso gar nicht funktioniere. Ich möchte kurz als für uns positives Beispiel nennen, dass das Land Baden-Württemberg vor anderthalb Jahren, wenn ich mich richtig erinnere, angefangen hat, eine ähnliche Berichterstattung auf den Weg zu bringen. Wir hatten das Gefühl, dass alle voneinander abgeschrieben haben. Baden-Württemberg von uns und Sie von ihnen. Sie machen das auf eine ganz ähnliche Art und Weise. Damit Sie eine Vorstellung haben, haben wir gefragt, was das kostet. Natürlich sind wir als LAK nicht in der Lage, so etwas auszurechnen. Baden-Württemberg hat über einen

Prozess von drei Jahren insgesamt 1,5 Millionen Euro veranschlagt. Da sind aber sogar Kosten für große Konferenzen drin, wo das Ganze gegenüber der Fachöffentlichkeit, aber auch der Öffentlichkeit, den Bürgerinnen und Bürgern transparent gemacht wird. Baden-Württemberg ist noch ein bisschen größer als Berlin. Ich glaube, da hätten Sie zumindest eine Hausnummer, über der wir vermutlich nicht liegen würden.

Das Ganze soll letztendlich dazu führen, dass wir Armut möglichst überwinden können, neue Armut verhindern können, dass diese Zusammenhänge, die herausgearbeitet werden, dazu führen, dass man strategisch plant und strategisch ressortübergreifend, nicht nur in den einzelnen Senatsverwaltungen, die sicherlich ganz klar eine sehr gute Arbeit machen und sich in ihren Bereichen sehr bemühen, was Armut angeht, anzusetzen. Aber wir denken, dass das nur übergreifend erfolgen kann, deswegen integrierte Berichterstattung.



Zur Art und Form der Berichterstattung: Es soll nicht Tausende von Seiten geben, die dann irgendwo als Papier oder PDF herumschwirren. Wir stellen uns eine kompakte übersichtliche Berichterstattung alle zwei Jahre vor, die mit den wesentlichen Daten angefüllt ist, aber gleichzeitig soll eine Webseite tagesaktuell interaktiv – viele Daten, die es gibt, sind ja schon interaktiv nutzbar – vorhanden sein. – Das soll es gewesen sein, danke schön!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Prof. Gerull für Ihre Ausführungen! – Wir kommen jetzt zur Stellungnahme der Senatsverwaltungen. Herr Staatssekretär Velter, wenn Sie möchten – bzw. Sie geben weiter an Herrn Schwarz. – Bitte sehr!

Volkhard Schwarz (SenGesSoz): Frau Vorsitzende! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Volkhard Schwarz, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Das Thema Armuts-/Sozialberichterstattung beschäftigt unser Haus seit geraumer Zeit. Wie wir aber gegenüber der Landesarmutskonferenz – ich glaube, es war mit Schreiben von 2013 – schon einmal dargestellt haben, haben wir, was dieses Konzept betrifft, das hier vorgestellt wird, eine gewisse Zurückhaltung an den Tag gelegt. Für uns als Haus hat der von Ihnen auch hier schon mehrfach angesprochene handlungsorientierte Sozialstrukturatlas Priorität, der im vergangenen Jahr hier in Berlin sehr positiv aufgenommen wurde.

Wie Sie wissen, arbeiten wir auf Basis der Koalitionsvereinbarung an einer Strategie zur Bekämpfung von Kinderarmut. Dazu wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. In dieser ressortübergreifenden Arbeitsgruppe arbeiten verschiedene Senatsverwaltungen mit. Dort sind auch Bezirksvertreter sowie verschiedene Vertreter der Zivilgesellschaft, unter anderem auch die Landesarmutskonferenz vertreten. Natürlich befassen wir uns im Rahmen der Erarbeitung dieser Strategie mit verschiedenen Themen im Zusammenhang mit Bekämpfung von Kinderarmut. Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe ist uns von der Landesarmutskonferenz als eine Maßnahme von vielen – es werden diverse Maßnahmen dort eingebracht – hier dieser Vorschlag eingebracht worden. Ich möchte dieser Arbeitsgruppe nicht vorgreifen. Dafür sind die Arbeitsgruppen da, dass sie selbst zu einem Ergebnis kommen. Dann müssen wir halt abwarten, zu welchem Ergebnis diese Arbeitsgruppe in Bezug auf dieses Konzept über eine Armutssozialberichterstattung kommt, das Sie hier vorgestellt haben.

Sie haben einen Punkt angesprochen, bei dem es auch um die Ressourcen geht. Das, was Sie vorhaben, ist doch relativ kompakt, würde auch diverse Personalmittel binden, hat auch entsprechende Sachkosten, die dahinter stehen. Da muss man ganz ehrlich sagen, wir haben zwar im Moment als Haus die Möglichkeit für den handlungsorientierten Sozialstrukturatlas. Das ist personell abgesichert. Wir haben auch die Strategie zur Bekämpfung der Kinderarmut personell abgesichert. Wenn jetzt etwas Neues hinzukommen würde, das muss man ganz ehrlich sagen, hätten wir überhaupt nicht das Personal, dafür haben wir die Sachkosten. Sie hatten angesprochen, da ist ein Betrag von anderthalb Millionen Euro im Gespräch. Der ist überhaupt nicht etatisiert. – Das erst einmal als Einstieg von meiner Seite als Position der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Schwarz! – Wir kommen jetzt zur Frage- und Statementrunde. Als erste gemeldet hatte sich die Kollegin Bangert. – Bitte sehr!

Sabine Bangert (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank an Sie, Frau Prof. Gerull, und an Ihre Kollegin von der Landesarmutskonferenz, die Sie unermüdlich seit vielen Jahren das Thema auf der Tagesordnung halten. – Warum überrascht mich jetzt die Zurückhaltung der Senatsverwaltung nicht? Das ist genau der kritische Punkt. Wenn wir zu einer integrierten Armuts- und Sozialberichterstattung in Berlin kommen, dann hätte das auch die Aufgabe des Berliner Senats zur Folge, endlich eine gesamtstädtische Strategie zur Armutsbekämpfung zu entwickeln. Momentan ist es so, dass sich die einzelnen Ressorts die Verantwortung für die Armutsbekämpfung zuschieben. Ich erinnere im Vorfeld an diese Anhörung, bei der infrage gestellt wurde, ob unser Ausschuss überhaupt zuständig ist und solche Geschichten. Das sind solche ärgerlichen Vorgänge, wo ich denke, man kann das Thema noch jahrelang zwischen einzelnen Ressorts hin- und herschieben und zusehen, wie sich die Armut in Berlin verfestigt

und wie Menschen zunehmend Chancen verlieren, überhaupt irgendwann eigenständig eine Existenzsicherung betreiben zu können.

Ich glaube, wir müssen die Berichte und die Zahlen zusammenbringen und eine integrierte Berichterstattung hier in Berlin etablieren. Ich finde es auch gut, dass es Handlungsempfehlungen geben soll, weil dann die Politik viel mehr in der Verantwortung ist, auch aufgrund dieser Handlungsempfehlungen konkrete Maßnahmen für die Armutsbekämpfung zu entwickeln, die sich bisher eher auf die Definition von Zielgruppen, die von Armut betroffen oder bedroht sind, beschränkt hat. Also konkretes Handeln des gesamten Senats, wirklich verfestigte Armutslagen in Berlin anzugehen oder auch neue Armut zu verhindern, sehe ich nicht in den letzten Jahren.

Deshalb habe ich eher Fragen an den Senat, erst einmal an die zwei anwesenden Senatsverwaltungen. Es ist ja so, dass in der neuen ESF-Förderperiode ein Schwerpunkt, eine Priorität die Bekämpfung von Armut ist. Nun liegen uns die operationellen Programme, obwohl sie der Senat wohl jetzt beschlossen hat, immer noch nicht vor, was ich einen Skandal finde. Die Förderperiode hat am 1. Januar 2014 begonnen. Welche konkreten Maßnahmen über die Definition von Zielgruppen hinaus beschreibt das operationelle Programm ESF, auch in Kombination mit EFRE, zur Bekämpfung von Armut in Berlin? Und welche konkreten Maßnahmen darüber hinausgehend planen ihre Verwaltungen im Landeshaushalt – die Haushaltsaufstellung für 2016/2017 läuft ja jetzt?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Bangert. – Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Auch von meiner Seite aus vielen Dank. Das Bestechende an Ihrem Konzept ist eigentlich, dass es eine breite gesellschaftliche Debatte mit allen Akteurinnen und Akteuren gibt mit dem Ziel, Maßnahmen zu entwickeln, überprüfbar, die dann auch umgesetzt werden. Das heißt, niemand geht davon aus, dass man jetzt eine solche Berichterstattung und macht und Schnips haben wir mit dem Bericht eine völlig andere Situation, sondern es wird ein Prozess und ein langwieriger Prozess sein. Dennoch habe ich ein paar Fragen zu Dingen, die ich noch nicht verstehe. Auch das mit der qualitativen Beschreibung von Lebenslagen, die mit Daten verknüpft werden soll, klingt sehr bestechend. Das mit den Daten kann ich mir relativ einfach vorstellen. Aber wie erfolgt die Beschreibung von Lebenslagen und durch wen? Das weiß ich einfach nicht.

Dann haben Sie in ihrem Papier auch geschrieben, dass Armut dem Lebensstandard der Gesamtbevölkerung gegenübergestellt werden muss. Da greife ich das Stichwort Reichtumsbericht auf. Dazu gab es auf Bundesebene eine lange Debatte. Warum ist das für Sie kein Thema? Hat das mit fehlenden Daten zu tun? Brauchen wir nicht eine Armuts- und eine Reichtumsberichterstattung in einem Bericht als eine Voraussetzung, um Lebenslagen zu vergleichen, um Maßstäbe zu entwickeln und zum anderen auch um Maßnahmen zu entwickeln, weil es eben um Geld geht, wie Herr Schwarz zu Recht gesagt hat.

Herr Schwarz! Ich glaube, es ist uns allen klar, das Leben ist kein Ponyhof und kein Wunschkonzert. Es ist uns auch allen klar, dass es immer mit Geldern zu tun hat, die man hat oder nicht hat und die man verteilen muss, auch die Erstellung eines solchen Berichts. Was ich jetzt bedauere, dass Sie an keiner Stelle ihre Zurückhaltung, wie Sie sagen, inhaltlich begründet haben, sondern tatsächlich nur – und ich will das gar nicht gering schätzen – mit finanziel-

len Zwängen, personellen Engpässen und Ähnlichem argumentieren, die sind ja auch da. Mich würde trotzdem interessieren, wie Sie ein solches Konzept inhaltlich bewerten, wenn Sie sagen, fänden wir eigentlich eine gute Sache. Ich weiß, es ist völlig kompliziert mit den Verwaltungen, alle Verwaltungen zusammenzunehmen. Ich sage Ihnen auch: Mir hängt es langsam aber auch zum Hals heraus, dass wir dieses Jahr die Legislaturperiode der Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen haben, und zwar auf allen Ebenen und die arbeiten, und arbeiten und arbeiten, und es kommt nichts dabei heraus. Ich bin ein großer Fan von Arbeitsgruppen, aber irgendwann muss man Themen auch außerhalb von Arbeitsgruppen auf der Verwaltungsebene diskutieren. Man muss sich doch einer gesellschaftlichen Debatte stellen und auch diejenigen miteinbeziehen, die in diesen Bereichen andere Erfahrungen gemacht haben. Deshalb noch einmal: Wie bewerten Sie das eigentlich inhaltlich? Und wenn wir auf eine inhaltliche Debatte kommen, ist dann der nächste Schritt die Frage, was machbar ist und wie umgesetzt werden kann.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Herr Spies, bitte!

Alexander Spies (PIRATEN): Frau Prof. Gerull! Danke für den Hinweis auf den erweiterten Armutsbegriff. Seehofer hat einmal gesagt, wir haben in Deutschland keine Armut, es gibt ja Sozialhilfe. Das ist ziemlich verkürzt und auch falsch. Es geht bei dem relativen Armutsbegriff, der natürlich bedeutet, dass man das an den gesellschaftlichen Möglichkeiten und an der Partizipation im gesellschaftlichen Einkommen misst, darum, inwieweit Leute sozial abgehängt werden. Beispiel ist ganz klassisch, man verliert seinen Arbeitsplatz, man hat weniger Geld zur Verfügung, man kann sich den wöchentlichen Stammtisch mit den Kollegen nicht mehr leisten, dann bleibt man weg, dann reißen Kontakte ab. Das heißt, das ganze soziale Umfeld verändert sich, und dadurch ergibt sich durchaus auch eine andere Perspektive und eine möglicherweise auch schwierige Lebenslage. Die ganzen anderen Beispiele schenke ich mir jetzt.

Ich trete dafür ein, datensparsam vorzugehen, allerdings sind wir, wenn wir handeln wollen, darauf angewiesen, bestimmte Daten zu erheben oder auch möglicherweise Prognosen über bestimmte Daten zu erstellen. Nicht alle Daten kann man wirklich exakt erheben, sondern kann man nur aus bestimmten anderen Bewertungen ableiten. Trotzdem braucht man eben bestimmte Daten und sollte man sie auch haben. Ich erinnere daran, ich musste im Sozialausschuss intervenieren, damit wir endlich von Vattenfall die Daten über die Stromsperrungen bekommen. Die wurden dem Land jahrelang unter dem Hinweis auf Geschäftsgeheimnisse vorenthalten. Das ist aber ganz essenziell, um überhaupt herauszufinden, inwieweit Energiearmut besteht. Das wird ja auch wieder diskutiert. Das ist eine stille Armut, Menschen, die ein halbes Jahr ohne Strom in der Wohnung leben. Gut, man kann ohne Strom existieren, man kann auch in den Wald ziehen und sich von Beeren ernähren, wird aber dadurch in dieser Gesellschaft ein Problem haben und auch abgehängt werden.

Nun denke ich, dass die Idee eines solchen Berichts sehr wichtig ist, vor allem ressortübergreifend, der nicht nur der Verwaltung, sondern auch uns im Abgeordnetenhaus Indikatoren zur Verfügung stellt, wo denn am notwendigsten etwas zu tun ist. Vor allem soll er ganz klar die Lücken aufzeigen, wo uns noch die Daten fehlen. Im Moment fischen wir da ein bisschen im Trüben und denken, das könnte man noch ermitteln, aber es hat auch gar keinen Wert, in eine Datensammelwut zu fallen, sondern man muss gezielt vorgehen. Diese Strukturierung dieser Arbeit ist sehr wichtig für uns. Insofern kann ich nur an die Verwaltungen appellieren,

sich da jetzt nicht zu sehr zu sperren, sondern eine solche Möglichkeit als Chance für eine sinnvolle, effiziente Arbeit in Zukunft anzusehen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Spies! – Frau Radziwill, bitte!

Ulker Radziwill (SPD): Vielen Dank, Frau Gerull, für Ihre Vorlage und für die Ausführungen hier. In der Tat beschäftigt sich die Landesarmutskonferenz schon seit einiger Zeit mit der Frage, wie wir die Berichterstattung in Berlin auf andere Weise darstellen können, um auch viel mehr Sachverstand und Know-how in die gemeinsame Bekämpfung von Armut hineinzuholen. Ich glaube, wenn wir das unter diesem Aspekt betrachten, wird das eine richtige Sache. So gesehen danke ich auch ganz herzlich für diese Darstellung heute.

Es gibt ja sehr viele Bemühungen, auch von meiner Partei, von meiner Fraktion, Armutsbekämpfung in Berlin voranzubringen. Auch die Koalition setzt hier einen Schwerpunkt. Ich denke, das können wir gemeinsam hier festhalten. Man sieht an den Bemühungen des Senats, sich hier in unterschiedlichen Arbeitsgruppen vertieft damit zu befassen, wie wichtig das Thema für Berlin ist. Es ist in der Tat so: Armut grenzt aus, Armut macht krank, Armut ist sehr schlimm. Wir, die wir uns keine Sorgen machen müssen und uns überall Kaffee und Essen bestellen können, haben nicht immer das Feingefühl dafür. Ich denke, man muss sich genau vor Augen halten: Armut ist eine ganz schlimme Sache. Das muss von uns konsequent gemeinsam politisch bekämpft werden. Das wollen wir auch tun. Wenn wir uns mit Kinderarmut beschäftigen, kann man das nicht entkoppelt von der Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit der Eltern bekämpfen, sondern das muss man zusammendenken, zusammenführen. Unter diesem Aspekt habe ich sehr viel Sympathien für Ihr energisches Nachhaken über einige Jahre, hier die Politik darauf hinzuweisen, dass es auch andere Wege geben könnte, sich mit dieser Thematik systematischer und wissenschaftlich anders zu befassen.

Ich war bisher persönlich eher etwas zurückhaltend – wir haben auch mehrere Gespräche geführt –, möchte deshalb mit dieser Frage starten. Wir haben vor fast einem Jahr – ich habe eben im Internet nachgeschaut, am 28. April letzten Jahres – im Sozialausschuss den vorgelegten handlungsorientierten Sozialstrukturatlas behandelt. Im Wortprotokoll kann man alles nachlesen. Dort sind auch Handlungsempfehlungen dargestellt, bzw. es heißt dort anders: Politikfelder der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Sozialstrukturatlases dargestellt sind. Ist Ihnen bekannt, inwieweit dieser mächtige Punkt Empfehlungen, was die Politik machen sollte, aus Ihrer fachlichen Sicht umgesetzt ist? Haben Sie von der Landesarmutskonferenz sich damit befasst, was dort aus Ihrer Sicht schon erreicht ist, was fehlt? Können Sie uns da noch einmal Hinweise geben, was Sie in Ihrer Darstellungsform anders, qualitativ besser, effektiver wäre? Das wäre für uns, glaube ich, für die Beratung hier sinnvoll und wichtig.

Dass wir gemeinsam sehr viele Anstrengungen machen, hatte ich eingangs schon gesagt. Und ich halte sehr viel davon, dass wir, gerade wenn wir uns Kinderarmut anschauen, sehr viel im Bereich Bildungspolitik machen. Ihren Ausführungen habe ich nicht entnehmen können, ob Sie bestimmte Bereiche mit einem Schwerpunkt behandelt wissen wollen oder ob alle Politikfelder eine gleichwertige Behandlung erfahren sollen. Welche Vorstellungen von einer zeitlichen Dimension haben Sie? Vielleicht könnten Sie uns dazu etwas sagen, wenn man so etwas umsteuert, an welchen Zeitrahmen man da denken sollte, was Ihre Empfehlung wäre. – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Und der Letzte in der ersten Runde ist Herr Prof. Korte. Dann kommen wir zur Beantwortung der vielen Fragen. – Bitte!

Dr. Niels Korte (CDU): Ja, vielen Dank, Frau Gerull! Auch von meiner Seite herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Wenn ich auch die Einschätzung der Sozialverwaltung durchaus nachvollziehen kann und es durchaus auch so sehe, dass man parallele Berichtsstrukturen vermeiden muss, nicht nur im Hinblick auf den Senat, der mit einer Stimme spricht, sondern auch auf die Kosten des Ganzen, finde ich doch, dass in den Anregungen, die Sie dargestellt haben, sehr viele wertvolle Elemente enthalten sind.

Ich habe die Frage, ob ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe, dass mit dem qualitativen Armutsbegriff, den Sie hier verfolgen, eben auch ein Schritt weg von dem relativen rein schematischen Armutsbegriff gegangen werden soll, wie er Berichtserstattung auf OECD-, EU-, WHO-Ebene zugrunde liegt. Das wäre ein wirklicher Fortschritt, wenn wir tatsächlich an konkrete Lebenskreise angeknüpft präzisere Aussagen treffen könnten als Aussagen, die sich lediglich am Median und oder an Durchschnittswerten orientieren würden. Das ist ein System, das zwar auch in sich geschlossen ist, aber aus meiner Sicht doch viele Absurditäten hervorbringt, wenn es zu einer Steigerung der mittleren Einkommensbezieher kommt, kommt das zu einer rechnerischen Steigerung des Armutsanteils in der Gesellschaft, wohingegen ein prozentuales Anwachsen der Einkommen über die gesamte Bandbreite in dem Medianbegriff dazu führt, dass es gar keine Änderungen am Gesamtbestand der Armut gibt. Das sind natürlich Dinge, die so nicht richtig sind. Wenn es uns gelingen würde, durch ein verbessertes Berichtswesen weg von schematischen Betrachtungen hin zu konkreteren bzw. auch zu Handlungsempfehlungen zu kommen, dann ist das sicherlich etwas, das wir alle einmal bedenken sollten, was vor allem auch der intensiven Beratung im Sozialausschuss anheimgestellt werden sollte, wo eben auch die Ressortzuständigkeit begründet liegt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Prof. Korte! – Die erste Runde ist abgeschlossen. Ich habe schon wieder für die nächste Runde Wortmeldungen, aber jetzt erst einmal zu unserem Gast. – Frau Prof. Gerull, viele Fragen an Sie, bitte sehr!

Dr. Susanne Gerull (Landesarmutskonferenz): Ich habe versucht, alle mitzuschreiben, ganz so viele waren es gar nicht. Einige kann ich auch zusammen beantworten. Zunächst freue ich mich, dass doch auch von den Fraktionen, die in den Gesprächen, die wir geführt haben, etwas zurückhaltender waren – bzw. wenn ich mich richtig erinnere hat uns die CDU mit unserem Entwurf bisher nicht zu einem Gespräch empfangen – durchaus Sympathien geäußert werden. Vielleicht ist für uns eine kleine Tür aufgestoßen. Das würde mich sehr freuen.

Ich fange mit der Frage nach den qualitativen Daten an, weil sie gleich von zwei Fraktionen geäußert wurde, als Frage, wie das nun genau zu verstehen ist. Ich fange mit der von Herrn Korte an, weil das vielleicht schon ein paar Antworten gibt. Die Frage nach qualitativen Daten ist diejenige, dass wir sagen, es sollen diese klassischen Daten, Fakten, quantitative Sichtweisen ergänzt werden durch qualitative Betrachtungsweisen, durch qualitative Studien, soweit sie vorhanden sind, wenn sie nicht vorhanden sind, durch Beschreibung von armen Menschen, bestimmten Zielgruppen, die von den Wohlfahrtsverbänden beispielsweise exzessiv unterstützt und betreut werden. Das hat aber mit der relativen Betrachtungsweise meines Erachtens nichts zu tun, denn worauf hier angespielt wurde, der relative Armutsbegriff der EU, den haben wir auch in zweifacher Weise, einmal im Hinblick auf Einkommensarmut,

diese berühmten 60 Prozent als Armutsschwelle oder Armutsgrenze, wo eine rein monetäre Betrachtung vorgenommen wird. Da stimme ich Prof. Korte zu, dass das zu Recht in der Kritik steht, weil wir bei dieser Betrachtungsweise nie ohne Armut dastehen, weil es immer welche gibt, die unter den 60 Prozent liegen. Ich halte das trotzdem für eine gute Möglichkeit, sich überhaupt im Zeitvergleich Armutsentwicklungen anzusehen.

Aber die EU hat auch einen relativen Armutsbegriff, der eher lebenslagengestützt ist, indem sie sagen, man muss sich ansehen, welche Ressourcen, welche Möglichkeiten Menschen, in den Lebenslagenbereichen Arbeit, Wohnen, Gesundheit usw. im Vergleich zur Gesamtbevölkerung haben. Beispiel Wohnen – da haben wir gerade die große Debatte in der Stadt, wie wir wohnen, wie wir Zugang zu welchen Wohnungen haben. Das ist dort mitgedacht, insofern wollte ich das nicht als Gegensatz ansehen, sondern qualitative Beschreibung, Erkenntnisse aus Studien sollen die reinen Daten ergänzen und sie verstehbar und erklärbar machen. Das ist ganz wichtig. Wir kennen alle diese Datenwüste, wo man Zahlen hat und es darum geht, diese Zahlen zu interpretieren. Da kann die qualitative Forschung, eine qualitative Sichtweise einen großen Beitrag leisten. Insofern ist das eine Ergänzung der reinen Zahlen, das ist das, was wir uns wünschen, weil sich damit auch ein Blickwinkel auf Armut ergibt, nicht nur über reine Zahlen – bin ich arbeitslos, wie viele sind arbeitslos –, sondern auch mit der Frage beschäftigt, wie es Menschen in der Arbeitslosigkeit geht.

Frau Radziwill! Ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie die Frage nach dem Reichtum eingebracht haben. Wir hatten das in dieser Diskussion in den ersten Jahren in der LAK ein bisschen außen vor gelassen. In unserer Fachgruppe beschäftigen wir uns gerade ganz aktuell mit dem Reichtumsbegriff, mit Definitionen. Insofern sind wir in einem Prozess. Wir sind der Meinung, dass auch das in einen solchen Armuts- und Sozialbericht mit hineingehört. Wir haben es aber noch nicht ausgearbeitet, weil wir gerade anfangen, uns mit diesen ganzen Begrifflichkeiten zu befassen. Sie kennen vielleicht diese Studien, dass sich Reichtum nicht ganz so leicht erfassen lässt wie die Armut, weil die sehr Reichen gar nicht in den entsprechenden Datenbasen vorkommen, weder im Mikrozensus noch im SOEP. Da hängen wir dran, aber danke, dass Sie das im Ausschuss angesprochen haben. Das ist natürlich ein ganz wichtiger Punkt.

Dann haben Sie nach möglichen Schwerpunkten einer solchen Berichterstattung gefragt und nach einem Zeitrahmen. Ich hatte vorhin gesagt, Baden-Württemberg hat sich drei Jahre vorgenommen, in denen eine erste Berichterstattung erfolgen soll. Ich denke, dass das absolut realistisch ist, wenn ich mir überlege, dass wir schon seit zwei Jahren versuchen, die Verantwortlichen überhaupt zu überzeugen, so etwas auf den Weg zu bringen. Das muss man sich vornehmen, zwei bis drei Jahre, um überhaupt erst einmal ein Gerüst zu erarbeiten. Ich würde aber, auch was die Ressourcen angeht, positiv mit einbringen, dass wir im Vorfeld schon mit dem Landesamt für Statistik ein langes Gespräch hatten. Sie haben gesagt, wir haben doch ganz viel, ruft das doch ab, wir können aus dem Stand relativ viel präsentieren. Wir waren auch ganz verblüfft, dass dieser Sozialbericht, Regionalbericht Berlin-Brandenburg nicht auf Auftrag des Abgeordnetenhauses oder des Landtags in Brandenburg passiert ist, sondern die haben gesagt, jetzt fragt uns zwar keiner danach, wir machen es aber trotzdem einmal. Wir fanden das als erste Anregung, die parallel zu unseren Entwurfsbemühungen kam, sehr sinnvoll, weil dort bestimmte Lebenslagenbereiche wie Arbeit, Wohnen, Bildung stärker verknüpft worden sind, als das bei unseren Berichten der Fall ist. Bis zu drei Jahre ist also realistisch.

Die Frage nach den Schwerpunkten haben wir uns auch gestellt. Da sind wir durchaus offen, wir haben ja alle zwei Jahre eine kompakte Berichterstattung vorgeschlagen. Da habe ich kein Problem, wenn sie durch einen Schwerpunkt ergänzt wird. Ich fände es nur schwierig, wenn wir alle zwei Jahre einen Schwerpunkt haben und alle zehn Jahre ist dann der Bereich Arbeit wieder dran. Das sollte natürlich nicht passieren. Aber das haben wir in einigen Spezialberichten auch schon, dass sie sich Schwerpunkte vornehmen.

Als reine Frage habe ich mir bisher nur noch die Frage nach dem Sozialstrukturatlas aufgeschrieben. Ich habe vorhin schon gesagt, wir haben uns sehr gefreut, dass im Sozialstrukturatlas 2013 erstmalig überhaupt Schlussfolgerungen gezogen und Handlungsempfehlungen gegeben wurden. Wir konnten uns einmal aus zeitlichen Gründen – das ist ehrenamtlich und zusätzlich, was wir in der LAK machen, noch nicht so ausführlich damit beschäftigen, was an Umsetzung passiert ist. Es gibt aber noch einen zweiten Grund: Der Kollege von der Senatsverwaltung hat vorhin gesagt, unser Entwurf sei dauerhaft sehr zurückhaltend aufgenommen worden. Die Senatsverwaltung war nicht bereit, uns auch nur einmal zu einem Gespräch zu empfangen. Wir haben beispielsweise sogar im Vorfeld zu unserem ersten Entwurf – weil wir alle keine Statistikerinnen sind – den Verantwortlichen für den Sozialstrukturatlas mehrmals gebeten, ob er uns als Experte mit einem Gespräch zur Seite stehen könnte, um überhaupt in die richtige Richtung zu denken. Darauf haben wir noch nicht einmal eine Antwort bekommen. Insofern bin ich da etwas vorsichtig. Ich habe nicht das Gefühl, dass wir da eingeladen sind, uns mit den entsprechenden Verantwortlichen auseinanderzusetzen. So es unsere Zeit erlaubt, würden wir das natürlich sehr gerne tun. Auch für eine Professorin der ASH ist das durchaus interessant, was sich aus den Sozialstrukturatlasempfehlungen entwickelt. Ich nehme das als Anregung, mich vielleicht einmal in meinem anderen Einsatzgebiet damit zu beschäftigen. Vielleicht kriegen wir dann mehr Antworten.

Weitere Fragen habe ich mir nicht notiert. Ich bitte um Nachsicht, wenn mir etwas untergegangen ist.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! Soweit erst einmal Frau Prof. Gerull. – Die Stellungnahme des Senats erfolgt durch Herrn Staatssekretär Velter. – Bitte!

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – zunächst auch von mir ganz herzlichen Dank, Frau Prof. Gerull, für die Ausführungen und auch für Ihr persönliches Engagement in dieser Frage.

Beim Thema Bekämpfung von Armut sind wir tatsächlich bei einem der Kernziele des Sozialstaates. Zweifellos sieht es der Senat ganz genauso, dass es nicht die Aufgabe von nur einem Ressort ist, sondern es ist tatsächlich eine übergreifende Aufgabe. In dem Zusammenhang ein, zwei Erkenntnisse aus meinem Vorleben oder meinen Vorleben: Spätestens seit PISA ist bekannt, dass es eine starke Korrelation von Bildung und Armut gibt. Die Durchlässigkeit in Deutschland ist da alles andere als optimal. Spätestens seit der KiGGS-Studie vom Robert-Koch-Institut, der größte Jugendlichen-Survey europaweit, wenn nicht sogar weltweit, wobei ich nicht genau weiß, was die Chinesen gemacht haben. Sie haben den Zusammenhang zwischen Gesundheitsstatus, Vorsorgeuntersuchung etc., aber auch Risiken für Unfälle etc. bei Jugendlichen und Kindern festgestellt, ob da eine glasklare Korrelation zwischen Einkommen, Armut und dem Risiko zu erkranken, an chronischen Erkrankungen wie auch an Haushaltsunfällen besteht. Eine Ausnahme gibt es, die Korrelation zwischen höheren Ein-

kommen – das nur am Rande – und Allergien bzw. Hautreaktionen. Das ist die einzige umgekehrte Relation.

Ansonsten wissen wir auch, dass entsprechend schlechtere Bildungschancen wieder voll auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Das ist in Berlin stärker noch als in anderen Regionen, weil wir wissen, dass unser Arbeitsmarkt diejenigen ohne Ausbildung, ohne Berufsausbildung noch schlechter absorbiert als andere Arbeitsmärkte, was daran liegt, dass wir diese Werkbänke, die es z. B. in Süddeutschland gibt, wo auch Ungelernte relativ hohe Einkommen durch Produktion erzielen können, hier in Berlin aus historischen Gründen nicht mehr haben, wie es sie vor der Teilung der Stadt früher noch gab. Das heißt, ich will das nur skizzieren, weil das jetzt drei Bereiche sind, wo der Senat – übrigens getragen von allen Fraktionen, speziell natürlich von den Koalitionsfraktionen, aber auch von den anderen – Maßnahmen in dieser Legislaturperiode aufgelegt hat, um an den entsprechenden Stellschrauben im Bereich Gesundheit zu drehen. Ich möchte kurz an die auch in der Koalitionsvereinbarung verankerten Bemühungen im Bereich der Prävention erinnern, um da Abgehängte stärker zu erreichen und die entsprechenden Kiezprojekte zu fördern und zu unterstützen. Oder es gibt im Bereich Bildung die verschärften Regelungen, wenn Sprachfähigkeiten vorschulisch nicht da sind, entsprechend einzuwirken und mit Vorgaben zu arbeiten, um diesen Kindern zumindest über die Sprache bessere Chancen zu geben, um am Ende – jetzt komme ich in unseren Bereich – einen ökonomisch auskömmliches Leben führen zu können.

In unserem Bereich ist es so – jenseits der zahllosen Einzelprojekte und Unterstützungen, die wir versuchen –, dass wir wissen, dass der Mindestlohn weder im Bund noch im Land die Antwort auf sämtliche Probleme der Armutsbekämpfung war. Aber wir glauben durchaus, dass das ein Schritt ist und wir selbstverständlich gemeinsam mit der Regionaldirektion hinterher sind, wenn irgendwo sittenwidrige Löhne bezahlt wurden, auch in der Vergangenheit, bevor es einen bundeseinheitlichen Mindestlohn gab. Wir sind dann entsprechend gegen Schwarzarbeit aktiv geworden.

Auch beim Thema gute Arbeit, wissen wir, dass wir jetzt nicht einfach einen Hebel umlegen können. Wir wissen, dass wir in Berlin sehr viele prekäre Arbeitsverhältnisse haben. Aber auch da versuchen wir, mit zahllosen Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass die Einkommenssituation und die Teilzeit, die in Berlin auch besonders hoch ist, sich verbessert, aber auch die Situation für Selbstständige. Niemand hat regional so viele Aufstockerinnen und Aufstocker, die selbstständig sind, wie die Stadt Berlin. Nur Nordrhein-Westfalen hat zahlenmäßig mehr, ist aber bekanntlich nicht unerheblich größer.

Deshalb will ich sagen: Auch wenn vielleicht – weil Frau Bangert das auch angesprochen hat – eine integrierte Strategie so nicht sichtbar oder nicht formuliert ist, so glaube ich sehr wohl, dass es zahllose Dinge gibt, die nicht gegeneinander arbeiten, sondern die alle an dem Ziel mitwirken, Armut zu bekämpfen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Wir kommen zur nächsten Fragerunde. Auf der Liste steht Frau Radziwill. – Bitte sehr!

Ulker Radziwill (SPD): Dann gehen wir in die zweite Runde. Zum einen freut es mich, dass Sie noch einmal den Aspekt Betrachtung von Reichtum angesprochen haben. Das ist nicht nur meine Frage, sondern auch die Frage meiner Kollegin von den Linken gewesen. In der Tat

würde ich es sehr begrüßen, wenn wir das in Richtung Armuts- und Reichtumsberichterstattung entwickeln könnten, da es auch bei der Betrachtung und der Suche nach effektiveren Mitteln und Wegen, Armut zu bekämpfen, wichtig ist, wichtig sein kann.

Ich begrüße es auch, dass mein Kollege von der CDU ein verbessertes Berichtswesen durchaus als wichtig erachtet. Ich finde, auch die Armutsdefinition, die Sie eingebracht haben, sehr interessant. Die würden wir in unserer Fraktion vertieft beraten. Gerne möchte ich mit Ihnen da ins Gespräch kommen.

Wir haben als SPD-Fraktion einen Besprechungspunkt für den Sozialausschuss angemeldet. Und ich kann mir vorstellen, dass wir daraus auch eine Anhörung machen, um das auch im Fachausschuss Soziales zu beraten. Dort fände ich es zum einen wichtig, Ihr Konzept oder Ihren Vorschlag zu beraten und der Senatsverwaltung für Soziales die Möglichkeit zu geben, uns darzustellen, was in diesem einen Jahr bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen passiert ist, welche Schritte Sie dort vorgenommen haben, welche integrierten Strategien der Senat hier schon auf den Weg gebracht hat, um Armutsbekämpfung voranzutreiben. Ich glaube, dass wir das zusammen betrachten sollten. So sind wir in einer Situation, uns beide Seiten anzuschauen und das gemeinsam politisch zu bewerten. Das würde das Ganze, glaube ich, sinnvoller befördern. Insofern freue ich mich auf die weitere intensive Beratung mit Ihnen und mit der Landesarmutskonferenz.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Radziwill! – Herr Reinhardt, bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Vielen Dank! – Ich möchte noch ein paar Fragen an Frau Gerull, aber auch an den Senat zu Dingen loswerden, die sich noch nicht ganz erschlossen haben. Das Erste ist: Was mir aus der Präsentation noch nicht ganz klar geworden ist, ist zum einen eine ganz simple Sache, und zwar dieser Beirat, diese Quersäule, die das alles begleiten soll. Wo sehen Sie den angesiedelt? Der muss irgendwo, wenn es ein Beirat ist, der vom Senat ins Leben gerufen wird, bei einer bestimmten Senatsverwaltung angesiedelt sein. Wäre da nicht wieder das gleiche Problem wie vorher, dass dann doch eine bestimmte Senatsverwaltung letztendlich die Oberhoheit über den Prozess hat, was gerade dadurch entschärft werden soll, dass die Senatsressorts nur die Zuarbeit leisten und nicht den Bericht erstellen?

Das Andere ist: Je umfassender der Bericht wird, desto mehr kommt man doch irgendwann in die Bredouille, dass man sagt, die Bekämpfung von bestimmten Armutseffekten oder Armutsindikatoren wäre eine länderübergreifende Aufgabe oder eine Aufgabe, die nur im Bezirk gelöst werden kann oder sogar eine europäische Aufgabe. Wie schafft man das, wenn man einen solch umfassenden Bericht hat, dass man sich dann nicht im Zweifel verheddert und die verschiedenen Zuständigkeiten klar unterscheiden kann und am Ende wirklich dabeisteht: Als Bericht für das Land Berlin kann das Land Berlin an den folgenden Stellen für Verbesserungen sorgen?

Dann in Richtung Senatsverwaltung Gesundheit und Soziales: Sie hatten auf den handlungsorientierten Sozialstrukturatlas hingewiesen. Ich hatte mal geguckt, der letzte, der 2013er, wurde im Februar 2014 von Herrn Czaja vorgestellt. Der kommt doch jährlich heraus, oder? Zweijährlich? – [Volkhard Schwarz (SenGesSoz): Alle fünf Jahre!] – Alle fünf Jahre, okay! Dann weiß ich auch, warum er dieses Jahr nicht vorgestellt wurde.

Vielleicht nur kurz als Kommentar: Ich finde es, ehrlich gesagt, schwierig, dass die Senatsverwaltung GesSoz hier sagt, wir können inhaltlich nicht wirklich Stellung nehmen, weil es eine AG gibt, die sich mit dem Thema beschäftigt, der sie nicht vorgreifen will. Das sei auch die Aufgabe von AGs. – Die Aufgabe von AGs ist es, dass sie die Senatsverwaltungen hier daran hindern, Stellung zu nehmen zu den entscheidenden Themen, weil diese AG ja tagt? – Das einmal ein bisschen polemisch formuliert. Das halte ich für sehr schwierig, weil irgendeine AG beschäftigt sich ja immer mit einem bestimmten Thema. Also haben Sie immer einen Grund, nicht Stellung zu nehmen. Da würde ich mir schon wünschen, dass Sie darauf eingehen, auch darauf, dass Sie gesagt haben, es ist vor allem eine finanzielle Frage, aber Frau Gerull ja dargestellt hat, dass es das Land Baden-Württemberg 1,5 Millionen Euro gekostet hat. Das hat grob gerechnet viermal so viel Einwohner wie Berlin, dann kann man davon ausgehen, dass es eine Hausnummer kleiner wird. Da würde ich mir wünschen, dass Sie sowohl auf die auf die aus meiner Sicht zumindest machbare Aufgabe aber auch inhaltlich auf das Thema eingehen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Frau Bangert, bitte!

Sabine Bangert (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich bin jetzt doch ein bisschen erschüttert, dass die Senatsverwaltung nicht in der Lage ist, der Landesarmutskonferenz auf Augenhöhe zu begegnen. Das ist nicht irgendein Dödelverein, sage ich jetzt ein bisschen salopp, das sind Expertinnen und Experten mit einer hohen Fachkompetenz auf diesem Gebiet. Ich finde es sehr bedauerlich, dass diese Fachkompetenz seitens der Senatsverwaltung nicht abgerufen wird und würde doch bitten, Ihr bisheriges Verhalten zu überdenken und vielleicht doch das Gespräch mit der Landesarmutskonferenz zu suchen. Ich glaube auch, dass wir nur gemeinsam zu Lösungen kommen können. Ich zum Beispiel möchte mich nicht daran gewöhnen, dass Leute bei uns den Müll durchsuchen oder dass wir eine Berliner Tafel haben, wo die Leute zunehmend Schlange stehen. Daran möchte ich mich nicht gewöhnen. Wir sind eine reiche Gesellschaft, Frau Radziwill hat es auch gesagt, daran müssen alle gemeinsam arbeiten, dass eine Chancengleichheit besteht. Wir werden es nie bis ins letzte Detail verhindern können, aber ich glaube, da sind wir alle gefordert.

Herr Velter! Sie haben gesagt, es gibt viele Maßnahmen, die sich wahrscheinlich nicht gegenseitig behindern. Das zeigt doch schon, dass A nicht weiß, was B tut. Ich glaube, da muss auch viel ineinandergreifen. Armut beinhaltet ein hohes Gesundheitsrisiko. Da müssen Maßnahmen ineinandergreifen. Da kann ich doch nicht sagen, da macht diese Senatsverwaltung etwas, da macht jene Senatsverwaltung etwas, aber wir wissen es nicht genau, wie die Einzelmaßnahmen wirken, ich weiß auch nicht, ob sie evaluiert werden. Da muss man doch zu einer gesamtstädtischen Strategie kommen, weil es kein Phänomen ist, das verschwinden wird. Es wird zunehmen. Die Armutslagen werden zunehmen. Wir haben es allein in der Entwicklung der letzten Jahre gesehen, dass wir auch durch Armutswanderung aus den osteuropäischen Ländern zunehmend mit dem Thema konfrontiert sind. Und dieses Thema steht bei uns noch nicht auf der Tagesordnung. Das sind immer nur einzelne Maßnahmen. Wir müssen da wirklich, damit wir da zukunftsfähig aufgestellt sind, alle miteinander an einem Strang ziehen und gemeinsam nach Lösungen suchen und auch zu Lösungen kommen.

Noch einmal zum Personal und den finanziellen Ressourcen: Armutsbekämpfung rechnet sich, weil das wirklich Investitionen in die Zukunft sind. Es ist ein platter Spruch, aber es rechnet sich, wenn ich Leute dazu befähige oder dazu bringe, dass sie existenzsichernd leben

können, sodass sie ein eigenes Einkommen erzielen können, dass sie einen entsprechenden Bildungsgrad haben, dass sie das Gesundheitssystem nicht mehr übermäßig belasten. Es rechnet sich doch an allen Ecken und Enden, in jedem Ressort. Deshalb verstehe ich auch nicht, warum so geklagt wird, da brauchten wir mehr Ressourcen. Das ist unsere Verantwortung, da Geld zu investieren, auch als Metropole, wo wir noch mit ganz anderen Situationen konfrontiert sind als ein Flächenstaat. Wir sind in der Verantwortung, Leute aus der verdeckten Armut herauszuholen. Was wir allein an Altersarmut haben! Man bekommt es manchmal in der Nachbarschaft mit. Noch einmal: Bitte, dass wir da zu einer gemeinsamen Strategie kommen, dass die Landesarmutskonferenz da auch gehört wird in den entsprechenden Foren und adäquater Gesprächspartner auf Augenhöhe ist. – Herrn Velter würde ich bitten, meine Frage zu dem operationellen Programm ESF zu beantworten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Bangert! – Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Man könnte jetzt sagen, es ist alles gesagt, aber noch nicht von allen. Aber es sind jetzt zwei Punkte, zu denen ich zumindest noch etwas sagen will. Dass wir dieses Thema auf die Tagesordnung nehmen, war nicht spontan. Das war lange angekündigt. Die Unterlagen der Landesarmutskonferenz liegen uns auch seit über zwei Jahren vor. Es war also tatsächlich ausreichend Zeit für alle, sowohl für alle Abgeordneten als auch für die Verwaltung, sich inhaltlich auf dieses Thema vorzubereiten und inhaltlich Stellung zu beziehen. Das finde ich jetzt ein krummes Ding, dass hier nicht wirklich inhaltlich Stellung bezogen wird, weil wir alle Fragen, die mit finanzieller Ausstattung zu tun haben – wenn wir sagen, inhaltlich finden wir dieses richtig, jenes falsch, wie auch immer –, während der Haushaltsberatungen entsprechend beraten. Dann kommen wir an dem Punkt weiter oder eben nicht. Aber erst einmal muss ich mich inhaltlich verständigen, was ich eigentlich will. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt – ich hoffe, Sie sind da aussagefähig: Ich würde gerne wissen, warum die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales eine solche Gesprächsverweigerung an den Tag legt. Das macht mich tatsächlich fassungslos. Ich habe das an verschiedenen Stellen und zu verschiedenen Punkten immer wieder gesagt: Wenn die Politik nicht mehr bereit ist, politische Auseinandersetzungen zu führen, auch außerhalb des Parlaments, dann ist tatsächlich der Punkt erreicht, an dem die Politik am besten die Sachen packt und nach Hause geht. Gerade bei der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales ist es an vielen Stellen so. Dafür mache ich Sie jetzt gar nicht verantwortlich. Da gibt es eine Hausleitung, die eine Verantwortung dafür trägt. Das können wir noch einmal aufrufen, wenn wir das im Gesundheitsausschuss haben. Aber vielleicht können Sie einfach einmal erklären, warum es zu keinem Gespräch kam.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Ich habe niemanden mehr auf der Redeliste, deshalb kommen wir zur Antwortrunde. Ich hoffe, Sie haben jetzt genug Fragen bekommen, die Sie beantworten können. – Bitte, Frau Prof. Gerull!

Dr. Susanne Gerull (Landesarmutskonferenz): Ich wollte sagen, ich habe mir an Fragen nur von Herrn Reinhardt Dinge notiert. – Vielleicht aber noch einmal zur Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Ich habe das gut erinnert und mir noch einmal angeguckt. Wir haben damals die Begründung bekommen, wir haben den Sozialstrukturatlas, wir tun schon alles, was Sie möchten. – Das haben wir als Antwort erhalten, als wir uns überhaupt mit diesem

Thema befasst haben und darum gebeten haben, mit uns ins Gespräch zu gehen. Auf den Bericht, den wir dann verschickt haben, haben wir dann, glaube ich, gar keine Antwort mehr bekommen. – [Elke Breitenbach (LINKE): Unterschrieben von Büge?] – Das war im Auftrag von Herrn Czaja auf jeden Fall. Ob er selbst auch unterschrieben hat, kann ich jetzt nicht mehr sagen. Im späteren Prozess ist dann gar nicht mehr geantwortet worden. Aber vielleicht kommen wir ja neu ins Gespräch. Darüber würde ich mich sehr freuen.

Übrigens haben die anderen Senatsverwaltungen zum Teil genau andersrum reagiert nach dem Motto: Zuständig ist die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, warum schicken Sie das denn an mich, ich bin doch für Bildung und Jugend zuständig. Aber das hat uns jetzt auch nicht so verblüfft.

Ich hatte von Herrn Reinhardt noch zwei Fragen im Gedächtnis. Ich habe ja gesagt, man muss den Kopf etwas schräg legen – er hatte nach dem Beirat gefragt und inwieweit das nicht doch wieder von einem Senatsressort koordiniert wird. Unsere Idee war gerade, dass die übergeordnete Steuerung und Verantwortung in der Senatskanzlei liegt und die auf Augenhöhe mit dem Beirat, wie man das klassischerweise macht, in halbjährlichen oder jährlichen Sitzungen den Prozess vorstellt und über den Beirat Zuarbeit erfolgt oder konstruktive Kritik geäußert oder auch Zustimmung gegeben werden kann.

Das Andere: Herr Reinhardt hat auch gefragt, inwieweit ein umfassender Bericht dazu führen wird, dass sich alle miteinander verheddern. – Ich bin ganz sicher, dass sich alle miteinander verheddern, weil ich jahrzehntelang in der Verwaltung als Sozialarbeiterin gearbeitet habe und weiß, wie Ressortdenken auf Bezirksebene funktioniert. Natürlich habe ich auch in der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur Kinderarmut schon läuten gehört, dass sich da einiges miteinander verheddert. Das finde ich, ehrlich gesagt, keinen Hinderungsgrund, denn man kann sich auch wieder entheddern, auch das ist ein Prozess. Ich glaube, dass man es sehr gut hinkriegt, das klar auf der Ebene von Berlin zu belassen. Aus der Grünen-Fraktion kam eben der Hinweis zu Armutszuwanderung, Arbeitsmigration, da gibt es bestimmte Armutslagen, die wir als Land Berlin nicht bearbeiten können, aber eine Handlungsempfehlung ist durchaus möglich, auf bestimmten Ebenen – wiederum auf anderer Ebene bundesweit oder europaweit – mit dem entsprechenden Delegiertensystem, das wir in Deutschland haben, zu arbeiten. Aber ich glaube nicht, dass es ein Problem gibt, dass wir nicht wissen, welche Daten wir jetzt hier bearbeiten sollen und hier plötzlich auf den falschen Ebenen agieren würden. Aber verheddern werden wir uns auf jeden Fall, aber das tun wir sonst ja auch, denke ich.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Jetzt gab es noch einige Fragen. Frau Mittelstaedt, möchten Sie für die Senatsverwaltung antworten? Und danach Herr Staatssekretär Velter! – Bitte schön, Frau Mittelstaedt!

Karin Mittelstaedt (SenGesSoz): Mein Name ist Mittelstaedt, ich arbeite im Bereich Soziales der Senatsverwaltung und bin berlinübergreifend federführend für das Thema Armut zuständig, also genau die Ansprechpartnerin, die hier vielleicht jetzt etwas aufklären kann, weil ich glaube, dass ein paar Missverständnisse im Raum stehen. Das Eine, das mich sehr umtreibt, ist der Vorwurf, wir würden die Landesarmutskonferenz nicht auf Augenhöhe beteiligen. Ich glaube, das ist ein Missverständnis dahingehend ist, dass das, was Frau Dr. Gerull bemängelt, was ich hier weder bestätigen noch nachvollziehen kann, weil es nicht meinen Bereich betrifft, eine versuchte Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Statistikreferat war. Weder Herr Schwarz noch ich können hier an der Stelle für die Kollegen sprechen. – Der

Entwurf der Landearmutskonferenz ist bei uns im Haus natürlich geprüft worden, und es ist dazu im Juni 2013 auch ein Bescheid ergangen.

Jetzt noch zu der Nachfrage zur inhaltlichen Bewertung. Ich will es verkürzt wiedergeben. Wir waren ein bisschen konsterniert ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck, aber es ist vom Entwurf her eine Fülle an Daten. Und die Herangehensweise schien uns bei der Beurteilung so zu sein, wir erheben erst einmal alles, was man erheben kann, und dann gucken wir mal, was man daraus machen kann. Diesen Weg wollen wir so nicht gehen. Deshalb war auch die Argumentation und ist sie bisher in der Herangehensweise über den handlungsorientierten Sozialstrukturatlas, nämlich zu gucken, wie die Situation in bestimmten Bereichen ist, welche Bereiche wir uns angucken müssen, um daraus konkret abzuleiten, was zu tun ist, und das, was zu tun ist, dann in Bezug auf politische Zielsetzung mit Daten zu hinterlegen.

Wir sind im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Strategie zur Bekämpfung von Kinderarmut schon sehr weit vorangeschritten. Ich möchte hier kurz die Gelegenheit nehmen, Ihnen einen Sachstand zu vermitteln, der dann im zuständigen Sozialausschuss mit Sicherheit noch vertieft werden kann. Zum einen geht es nicht nur um die Bekämpfung von Kinderarmut, sondern Kinderarmut gibt es nicht ohne die Armut von Erwachsenen. Insofern ist der volle Titel „Strategie zur Bekämpfung von Kinderarmut und zur Verbesserung von gesellschaftlicher Teilhabechancen in Berlin“. Das heißt, wir wählen unter Armutsgesichtspunkten einen ganzheitlichen Ansatz und greifen an der Stelle auch den sogenannten Lebenslagenansatz auf, der hier schon wiederholt in Ansätzen in der Diskussion war. Es geht nicht nur darum, unter dem Begriff der relativen Armut zu gucken, welche Bevölkerungsschichten im Land Berlin konkret von Armut betroffen sind. Beispielhaft sage ich, es sind – nicht nur in Berlin, bundesweit trifft es genauso zu – die Arbeitslosen, die Kinder, die Alleinerziehenden, es sind Familien mit drei und mehr Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund. Wir gucken uns all diese Personenkreise gezielter an, stellen aber bei dem, was dahinter steht, insbesondere darauf ab, zu schauen, wo denn Armut eigentlich herkommt. Herr Staatssekretär Velter hat es schon gesagt, das beginnt mit der mangelnden frühkindlichen Bildung, die sich in der Schule weiter fortpflanzt, die dann vielleicht damit zusammenhängt, dass die Ausbildung nicht in dem Maße absolviert werden, wie man es braucht, die perspektivisch dann zur Arbeitslosigkeit führt, die eventuell zur Aufnahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse führt und perspektivisch dann in Altersarmut münden kann. Das heißt, wir gucken in dem, was wir gemeinsam erarbeiten an, wo die Stellschrauben in den Lebensläufen und Lebenslagen jedes einzelnen Menschen, wo die Knackpunkte sind, wo man aufpassen muss, ob das funktioniert. Wenn ein Kind mit Sprachmangel aus der Kita in die Schule kommt, wird es Schwierigkeiten haben, die Schule erfolgreich abzuschließen. Das heißt, wo muss man ansetzen, damit was passiert.

Wir haben bei der Erarbeitung der Strategie eine Kopfarbeitsgruppe gegründet. Herr Schwarz sagte es schon. Es ist die Arbeitsgruppe Kinderarmut und Teilhabe, an der fast alle Senatsverwaltungen beteiligt sind, an denen Bezirksvertreter beteiligt sind, selbstverständlich auf Augenhöhe die Landesarmutskonferenz und auch der Berliner Beirat für Familienfragen, der uns sehr intensiv unterstützt. Insofern sind wir der festen Überzeugung, dass wir hier die geballte Fachkompetenz mit am Tisch haben. Zusätzlich gibt es vier Unterarbeitsgruppen, die sich mit einzelnen Schwerpunktthemen beschäftigen. Es gibt eine Unterarbeitsgruppe Beschäftigung, eine Bildung, eine die soziale Integration heißt, und eine Unterarbeitsgruppe Gesundheit beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Lebenslagenansätzen und der Verknüpfung mit dem Thema Armut.

Die Strategie wird insgesamt in drei Bausteinen ins Leben gerufen werden. Der Baustein 1 wird eine Senatsvorlage sein, wo die politischen Zielrichtungen des Landes Berlin für die kommenden Jahre in Bezug auf genau diese Armutsbekämpfung dokumentiert werden. Diese Senatsvorlage wird eine Anlage haben, den sogenannten Baustein 2. Der Baustein 2 wird eine Mischung sein aus der Darstellung der aktuellen Armutssituation im Land Berlin und wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat. Es wird dort zum jetzigen Zeitpunkt 38 Indikatoren geben, die das bereits abbildet. Das werden nicht nur Armutsrisikozahlen im Jahresverlauf sein, sondern z. B. auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die jedes Jahr im Land Berlin die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen oder die z. B. die Entwicklung der Grundsicherungsempfänger im Alter und wird das Ganze in den Kontext der Armutsdiskussion stellen.

Ergänzend dazu wird es einen Baustein 3 geben. Der Baustein 3 – und das ist das, was mein Kollege, Herr Schwarz, vorhin sagte, was hier ein bisschen zu Missverständnissen geführt hat – beinhaltet, dass aus dem Erarbeiten des Ganzen, nämlich der Senatsvorlage und der Ist-Situation, natürlich konkrete Maßnahmen erwachsen müssen. Wir wollen nicht nur abbilden und schauen, wie es denn im Land Berlin ist, sondern es geht konkret darum, was getan werden kann oder was noch getan werden muss. Einer dieser Maßnahmevorschläge ist wiederum der Vorschlag der Landesarmutskonferenz zur Schaffung einer integrierten Armuts- und Sozialberichterstattung. Wir werden uns das also im Rahmen dieses Gesamtkontextes gemeinsam konkret angucken müssen und angucken wollen, wie der jetzige Baustein 2 mit diesem Vorschlag zusammengeht, ob es da nicht einen Kompromiss gibt, sich gemeinsam weiterzuentwickeln und eine Verbesserung der Datenlage in Bezug auf konkrete Handlungsschritte, Maßnahmen in der Umsetzung zu erreichen. Das wird eine Diskussion sein, die mit Sicherheit noch einige Zeit dauern und sehr intensiv sein wird.

Noch einmal zur Frage, wer hier eigentlich mit wem zusammenarbeitet. Bei diesen Maßnahmevorschlägen ist es so, dass grundsätzlich jeder, der in all diesen Gremien mitarbeitet – das sind auch die Landesarmutskonferenz und der Familienbeirat – Maßnahmevorschläge einbringen darf, von denen er meint, dass diese das Land Berlin im Zuge der Armutsbekämpfung weiterbringen werden. Da gibt es Maßnahmevorschläge, die manchmal von einem kommen und ein anderes Ressort betreffen und das andere Ressort vielleicht nicht so ganz glücklich über die Idee ist. Aber wir sind ganz bewusst in diesen offenen Prozess eingestiegen und wollen den auch bis zu Ende führen und gemeinsam in diesen Gremien darüber beraten und beschließen, welche Maßnahmen dann konkret umgesetzt werden sollen.

Wir sind dort noch in der Findungsphase. Ich gehe davon aus, dass wir im Endeffekt als Beratungsgrundlage in den Gremien zum Thema Armut über 30 konkrete Maßnahmevorschläge für das Land Berlin in den kommenden Jahren erörtern und in den Gremien dann entscheiden werden, welche davon umgesetzt werden können und sollen, vorbehaltlich natürlich der Finanzierungsvorbehalte, die wir immer alle haben.

Insofern ist es mir sehr wichtig, hier noch einmal deutlich zu machen, dass wir sowohl auf den Lebenslagenansatz eingehen als auch im Zuge einer Armuts- und Sozialberichterstattung schon tätig sind, dass es eine Beteiligung aller Kreise, aller Senatsverwaltungen gibt und wir eine offene Diskussion führen, die eigentlich bis jetzt von außen nicht beschränkt ist – aus meiner Sicht. – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Mittelstaedt! – Herr Velter! Ich habe eine Frage an Sie von der Kollegin Bangert zum operationellen Programm identifiziert. – Bitte!

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau): Danke, Frau Vorsitzende! – Entschuldigung, dass mir dieser Punkt mit dem operationellen Programm vorhin runtergerutscht ist. In der Tat ist es so, dass wir uns freuen, dass eine integrierte Strategie vorgegeben ist, nämlich in der Möglichkeit, europaweit, nicht nur für Berlin, dass Armutsbekämpfung als europaweites Ziel erkannt ist. Wir haben Maßnahmen vorgesehen im Bereich der arbeitsmarktlichen Maßnahmen, bei Soziales sind Maßnahmen vorgesehen. Die Integration und Abstimmung ist sichergestellt, die Gesamtfederführung ist bekanntlich bei Wirtschaft, aber auch durch den Begleitausschuss gegeben. Wir sind noch im Einzelnen in der konkreten Entwicklung der Indikatoren. Sie wissen ja, das nächste OP fordert relativ starke Zielsteuerungsprozesse, relativ starke Dokumentationsprozesse. Ich denke auch, dass wir das, wenn es Ihnen allen dann vorliegt, hier dann auch diskutieren. – [Sabine Bangert (GRÜNE): Hoffentlich noch in der laufenden Förderperiode!] –

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Die läuft ja noch ein bisschen! – [Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau): Das fängt erst nächstes Jahr an, mit dem Geld!] – Ich weiß. – Wir kommen jetzt zur dritten Runde. Ich möchte einen kurzen Vorschlag mit Blick auf die Uhr machen. Das sollte unsere letzte Runde sein. Alle, die noch Fragen haben, bitte ich, sich jetzt zu melden, damit wir das in einer abschließenden Antwortrunde abschließend beantworten können. Wir reden ohnehin noch einmal über das Thema. Der Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt. Aber alle, die jetzt konkrete Fragen an unsere Anzuhörende oder die Kollegin oder den Kollegen der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales haben, bitte ich, sich jetzt zu melden. – Jetzt ist Frau Dr. Kahlefeld dran, bitte sehr!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich wusste nicht, dass es eine Zuständige für Armut im Senat gibt, die ressortübergreifend arbeitet, Frau Mittelstaedt. Es wundert mich jetzt sehr, dass Sie dann nicht auch für die Erstellung des Programms zur Ausgabe der EHAP-Mittel zuständig sind. Warum liegt die Zuständigkeit in der Abteilung III der Integrationsverwaltung und läuft doch dann offensichtlich an den Menschen, mit denen Sie zu tun haben und für die Sie arbeiten, vorbei? Das ist ja nun kein Topf, der nur für die Zuwanderer gedacht ist, sondern da gibt es auch ein Handlungsfeld Verbesserung der Situation von Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen, das bezieht sich nicht nur auf Zuwanderer. Wie funktioniert da die Zusammenarbeit? Da bin ich erstaunt, dass es da offensichtlich zwei ganz unterschiedliche Gruppen gibt. Und es geht ja bei dem Geld um eine erhebliche Summe, so hoffe ich, die Berlin sinnvoll ausgibt.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Dr. Kahlefeld! – Frau Grosse, bitte!

Burgunde Grosse (SPD): Schönen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Frage richtet sich an Frau Mittelstaedt. Erst einmal schönen Dank, dass Sie ganz ausführlich dargestellt haben, wer jetzt alles in dieser Arbeitsgruppe mitarbeitet. Da stelle ich fest, das hatte ich aber vorhin schon gehört, dass die Landesarmutskonferenz mitarbeiten sollte. Deswegen hatte ich mich gewundert, dass Sie gesagt haben, Frau Dr. Gerull, dass die Senatsverwaltung gar nicht reagiert. Aber das ist gut zu hören. Mich würde jetzt interessieren, wann wir zu den ersten Aussagen über Handlungsmöglichkeiten kommen. Ich bin ein Mensch, der für die Praxis zustän-

dig ist, deswegen ganz praktisch gefragt: Wann rechnen Sie damit, dass wir die ersten Handlungsmöglichkeiten erfahren werden?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Grosse! – Und abschließend Frau Radziwill, bitte!

Ulker Radziwill (SPD): Ich danke auch Frau Mittelstaedt für diese Ausführungen, denn das macht das ganze Bild für uns zumindest klarer. Die verschiedenen Arbeitsgruppen arbeiten emsig und fleißig, das ist auch gut so. Was ich wissen möchte ist der Zeitrahmen, den Sie sich gesetzt haben. Wann soll was rauskommen als Output? Das wäre für uns interessant, damit wir uns darauf vorbereiten können, wann wir hier die Debatte im Parlament hätten. Ich nehme an, dass Sie uns das darstellen werden. So gesehen war ich erfreut, dass wir einen tieferen Einblick bekommen haben, wie Sie sich das vorstellen. Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass Sie einen ganzheitlichen Ansatz haben und auch die Lebenslagen konkreter betrachten. Das ist auch der richtige Weg. Wir wollen uns in dieser Koalition in dieser Legislaturperiode sehr viel stärker mit der Bekämpfung von Armut befassen. Das ist auch Ziel dieser Koalition, nur müsste es auch so dargestellt werden, dass es öffentlich klarer wird, was konkret gemacht wird. Ich glaube, das ist der Punkt, um den es hier geht. Der Vorschlag, der hier vorliegt, wird vielleicht am Ende einen ähnliches Ergebnis herausbringen können. Aber die Frage ist, ob wir transparenter und anders wahrnehmbar die Experten mit hineinholen. Um diese Fragestellung vertiefter zu debattieren, ist es gut, dass wir uns das und vielleicht auch Ihre Prozesse auch im Sozialausschuss vertieft anschauen.

Für mich ist der Aspekt der Wohnungslosenstatistik wichtig, denn wenn wir uns mit Armut befassen, gibt es viele Statistiken. Das ist jetzt ein Teilaspekt, ich weiß. Aber ich würde gerne auch im Sozialausschuss – da würde ich Sie bitten, das schon einmal mitzunehmen – über die Frage ins Gespräch kommen wollen, ob die Form der Statistiken, wie wir sie im Bereich Wohnungslosenpolitik haben, zeitgemäß ist, oder ob wir dort nicht eine Veränderung brauchen. Vielleicht ist das ein Teil der Ergebnisse einer dieser Arbeitsgruppen.

Letzte Frage an Herrn Velter: Diese Zielsteuerungsprozesse, die Antwort auf die Frage von Frau Bangert, haben wir da einen zeitlichen Rahmen, wann das etwa kommen wird? – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Direkte Fragen gab es jetzt nicht, aber Sie haben natürlich als Anzuhörende die Möglichkeit, etwas zusammenzufassen. Deshalb bitte ich Sie jetzt um Ihr Statement. – Bitte!

Dr. Susanne Gerull (Landesarmutskonferenz): Ich möchte nichts zusammenfassen, aber auf zwei Punkte hinweisen. Das Eine ist, dass von der Senatsverwaltung diese Einschätzung unseres Entwurfs eben so zusammengefasst wurde: Wir gucken erst mal alles, wir sammeln alles, was wir haben und schauen dann, was wir tun. – Ich bin fast ein bisschen hilflos, weil dieses Argument uns oft entgegengebracht wird, was wir in unserem Entwurf noch schreiben sollen, dass wir genau das nicht wollen. Wer sich die Mühe macht, in unserem Entwurf einmal die Anlagen anzugucken, da haben wir gerade festgestellt, wie viel bereits an Daten da ist, was in irgendwelchen Spezialberichten versickert und eben nicht zusammengeführt wird. Das ist ja das Besondere unserer Forderung, unseres Vorschlags einer integrierten und zusammengeführten Berichterstattung. Da möchte ich noch einmal darauf hinweisen, so schön es ist, statistische Daten zu erheben, das ist nicht unser Anliegen, da noch mehr zu tun mit dem einen

Beispiel als Ausnahme, das Frau Radziwill eben erwähnt hat. Wir haben tatsächlich nur eine sehr rudimentäre und nicht sehr gelungene Statistik zur Erhebung der Wohnungslosen. Wir haben gar keine statistischen Zahlen zu von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalten. Das ist sicherlich eine Lücke, die wir haben. Aber ansonsten haben wir eher zu viele Daten, die irgendwo versickern. Das ist mir wirklich noch einmal ganz wichtig. Es geht uns nicht um eine neue Datensammelwut. Da gibt es auch datenschutzrechtliche Bedenken, ganz zu Recht.

Ansonsten nur noch die Klarstellung, weil eben gefragt wurde, warum wir sagen, dass wir hier bei der Senatsverwaltung nicht angehört worden sind. Diese ressortübergreifende AG zum Thema Kinderarmut ist ein Vorschlag der LAK schon bei Gründung 2009 gewesen. Das ist dann im Koalitionsvertrag aufgegriffen worden, was uns sehr gefreut hat. Selbstverständlich ist unser Fachgruppensprecher der Fachgruppe Kinderarmut und Familie dort auch drin. Das freut uns auch sehr. Meine Rückmeldung ist, dass dort eben nicht zielgruppenübergreifend gearbeitet wird, sondern der Fokus ganz klar auf Kinder- und Familienarmut liegt. Auch das begrüßen wir zwar sehr, aber es ist eben nicht das, was wir uns mit dieser integrierten Berichterstattung vorstellen. Die beiden Punkte waren mir noch einmal wichtig.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Prof. Gerull! – Dann zur weiteren Beantwortung Frau Mittelstaedt. Sie sind heute sehr gefragt.

Karin Mittelstaedt (SenGesSoz): Gerne. – Vielleicht zur ersten Frage mit der Zuständigkeit im Land Berlin. Wenn ich alles das, was sich mit dem Thema Armut in sämtlichen Schnittstellenbereichen machen müsste, wäre mein Arbeitstag mit 24 Stunden nicht ausreichend belegt. Wir sind uns in allen Senatsressorts einig, Armut ist ein ressortübergreifendes Thema, je nach Blickwinkel, worum es geht, hat jede einzelne Senatsverwaltung eine Aufgabe oder mehrere Aufgaben zu erfüllen. Das heißt, Armut und Bildung ressortiert im Bildungsbereich, Armut und Beschäftigung in der Arbeitsverwaltung, soziale Integration mehr bei uns im Haus bzw. Armut und Gesundheit auch bei uns im Haus. Insofern gibt es keine zentrale Zuständigkeit. Meine Zuständigkeit ergibt sich hier konkret im Zusammenhang mit der Strategie und im Zusammenhang im allerweitesten Sinn mit einer Armutsberichterstattung. Insofern wäre das ein bisschen kontraproduktiv in der jetzigen Entwicklung, wo wir gemeinsam dabei sind, auch in den einzelnen Ressorts das entsprechend zu verankern und das bisher im Zuge des Prozesses gelungen ist.

Zu der Frage, wann es Ergebnisse geben wird: Wir gehen zum jetzigen Stand davon aus, dass es die Strategie in Form einer Senatsvorlage – also Baustein 1 – mit der Anlage Baustein 2 in diesem Jahr noch in die Senatsbefassung geht. Was die Handlungsempfehlungen betrifft, kann ich das im Moment nicht einschätzen. Sie müssen sich das so vorstellen, jede Handlungsempfehlung ist ausführlich beschrieben mit Einschätzung des Autors oder der Autoren, die dahinterstecken, was den Personalbedarf und den Finanzbedarf betrifft. Es gibt viele Schnittstellen. Es gibt einzelne Handlungsempfehlungen, bei denen in der Umsetzung mehrere Ressorts betroffen sind, die organisatorische Aspekte haben, personelle, finanzielle Aspekte haben, manchmal rechtliche Aspekte haben. Die müssen wir uns in den jeweiligen Gremien bzw. in der Kopfarbeitsgruppe dezidiert eins nach dem anderen anschauen und gucken, ob es umsetzbar ist oder welche Hindernisse es gibt. Ich kann es im Moment zeitlich nicht einschätzen. – [Burgunde Grosse (SPD): Zirka: fünf Jahre, oder?] – Nein, wir wollen sehen, dass wir das so schnell wie möglich in die Umsetzung kriegen. Es geht nicht darum und es war nicht unser Ziel, da Luftnummern zu produzieren, sondern wir wollen die Armut tatsächlich be-

kämpfen. Das heißt: Was soll konkret jetzt passieren? Es gibt Handlungsempfehlungen, die in der Umsetzung wahrscheinlich zeitnah zu machen sind. Es gibt aber welche, die haben eine relative Größenordnung und müssen ressortübergreifend abgestimmt werden. Insofern kann ich Ihnen dazu im Moment keine Zeitschiene geben, weil wir noch am Sammeln sind aus den Unterarbeitsgruppen, und dann gucken müssen, welchen Umsetzungskatalog wir in die Realisierung geben, wobei die Verantwortung immer in dem jeweils federführenden Ressort liegt.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke schön! – Herr Staatssekretär Velter, bitte!

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Abgeordnete Radziwill, für die Frage. Ich rechne bis zum Sommer damit. Bei uns ist es so, dass wir ab dem 1. Januar 2016 die Mittel des neuen OPs für unsere arbeitsmarktlichen Maßnahmen planen einzusetzen. Insofern brauchen wir einen Vorlauf, damit die Akteure und Dienstleister die Zielvorgaben kennen und wir den EU-Vorgaben entsprechen. Deswegen rechne ich damit, dass die Indikatoren im Sommer soweit sind. Aber es wird sukzessive passieren, wir können auch schon vorher das eine oder andere diskutieren, wenn Sie das OP auch alle haben.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Dann zu einer allerallerletzten Frage, Frau Bangert ganz kurz bitte.

Sabine Bangert (GRÜNE): Was ich jetzt nicht verstehe: Es geht ja darum, die einzelnen Berichte, die Daten, die vorhanden sind und erhoben werden, zusammenzuführen. Liegen die Widerstände seitens des Senats darin, dass die Daten unterschiedlich erhoben werden, dass es in Berlin keine einheitliche Form der Datenerhebung gibt und deshalb eine Vergleichbarkeit der Daten nicht gegeben ist, oder woran liegt es?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Wir kommen zur Beantwortung der Frage. Jetzt weiß ich nicht genau, an wen sich das gerichtet hat, an Frau Mittelstaedt oder Herrn Schwarz, nehme ich an. – Frau Mittelstaedt, bitte!

Karin Mittelstaedt (SenGesSoz): Es gibt eine Fülle von Daten im Land Berlin zu unterschiedlichen Themen, die irgendwie eine Schnittmenge zum Thema Armut haben. Die werden in unterschiedlichen Bereichen erhoben: beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, bei uns im Hause, im Rahmen der Gesundheit- und Sozialinformationssysteme oder z. B. auch die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Sie enthalten alle Daten, die im weitesten Sinn zu unserer Armutsdiskussion Verwendung finden können und auch sollen. Wir gehen nur von dem Ansatz aus, dass wir unter dem Gesichtspunkt des Lebenslagenansatzes gucken wollen, welche Zahlen für uns zielführend sind. Das heißt, was für einen Indikator ich brauche, um feststellen zu können, wie die Situation ist, was ich tun muss und hinterher messen zu können, hat das, was ich aufgesetzt habe, gewirkt und nicht zu gucken, welche Zahlen habe ich denn und was kann ich für eine Handlungsempfehlung aufsetzen. Der Ansatz ist ein klein bisschen anders. Ich denke, es wird da eine Mitte geben, die sich im Zuge des gemeinsamen Diskussionsprozesses, der noch ansteht, finden lassen wird.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Mittelstaedt! – Damit hat der Tagesordnungspunkt seine Erledigung nicht gefunden, sondern wir vertagen ihn bis zur Vorlage des Wortprotokolls. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen Frau Prof. Dr. Gerull, dass Sie uns

hier so kenntnisreich und so lange hier zur Verfügung standen. Das Thema ist natürlich nur angerissen worden, wir haben das heute gemerkt, da muss noch viel geschehen, das ist ein sehr wichtiges Thema. Sie bekommen von uns das Wortprotokoll, sobald es vorliegt. Dann können Sie noch einmal nachlesen. Ich hoffe, es hat auch dazu geholfen, hier neue Kontakte zu knüpfen. So hat sich das für mich jedenfalls dargestellt. Das ist auch für Sie eigentlich ein ganz positiver Ausgang. Das freut mich sehr. Deshalb verabschiede ich Sie jetzt. Danke sehr!

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Rote Nummer 1719 D
**Bestückungsliste Sondervermögen Infrastruktur
Wachsende Stadt (SIWA)**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0204](#)
ArbIntFrau

Hierzu: Schreiben SenFin HB vom 03.03.2015

in Verbindung mit

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Nachtragshaushalt 2015
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0206](#)
ArbIntFrau

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
„BerlinArbeit“ konkret – hier: Berufliche Bildung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der
Fraktion Die Linke sowie der Piratenfraktion)

[0070](#)
ArbIntFrau

Hier: Auswertung der Anhörung vom 11. April 2013

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *